



## Aschaffener Liberalen

# Wahlprogramm der Liberalen Aschaffener zur Stadtratswahl 2014

### Inhalt:

1) Innenstadt .....	2
2) Wohnflächen und Gewerbeflächen .....	3
3) Größere Attraktivität für Veranstaltungen in Aschaffenburg .....	3
4) Lärm durch Bahnverkehr .....	4
5) Parksituation Unterfrankenhalle (f.a.n. Frankenstolz Arena) .....	4
6) Anwohnerparkplätze .....	4
7) Darmstädter & Großostheimer Straße .....	4
8) Fahrradwegenetz .....	4
9) Integration .....	5
10) Junge Familien .....	5
11) Jugend .....	5
12) Senioren .....	5
13) Begegnungsstädten .....	6
14) Finanzen .....	6
15) Wirtschaft .....	7
16) Energiewende vor Ort .....	8
17) Energetische Sanierung von städtischen Gebäuden .....	9
18) Daseinsvorsorge .....	9
a) Kanalisation .....	9
b) Müllentsorgung .....	10
c) Stadtbau Aschaffenburg GmbH .....	10
d) Krankenhaus .....	10
e) ÖPNV .....	10
19) Bürgerbüro .....	11
20) Transparenz .....	11

## 1) Innenstadt

Wir sprechen uns dafür aus, dass ein Konzept für eine attraktive Innenstadt erarbeitet wird.

Um die Attraktivität des Mainufers unterhalb des Schlosses zu erhöhen, muss der Parkplatz dort endlich verschwinden. Da auf der anderen Main Seite genügend Park & Ride Parkplätze existieren.

Die Grünfläche unter dem Schloss ist für alle Altersgruppen ein beliebter Erholungsplatz. Diese muss bei der Neugestaltung berücksichtigt und optimiert werden. Daher fordern wir die Einrichtung von Grill-Möglichkeiten mit Abfalleimer und öffentlichen Toiletten.

Die Befahrbarkeit der Gehwege mit Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühlen muss dringend verbessert werden. Zusätzlich sollen Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen befragt werden, an welcher Stelle Zebrastreifen sinnvoll sind. Durch diese Maßnahmen wird eineerhöhte Verkehrssicherheit für Fußgänger erreicht.

In der Innenstadt ist es sehr schwierig, weitere Spielplätze anzulegen. Mit der Einrichtung von Spielpunkten könnte diesem Mangel abgeholfen werden, damit wird auch das Einkufen mit Kindern abwechslungsreicher und entspannter. Dem gleichen Ziel dienen zusätzliche Sitzmöglichkeiten in den Einkaufsstraßen.

Ein Alkoholverbot löst weder das Problem des Jugendalkoholismus noch die Lärmbelästigung, deswegen fordern wir die Aufhebung des Alkoholverbots.

Wie schon in der Vergangenheit, setzen wir uns dafür ein, die bestehende Sperrstundenregelung nicht zu verändern.

Der über Jahrzehnte geschätzte Standort des Ludwigsbrunnens an der Großmutterwiese sollte besonders angesichts der aufwendigen durchgeführten Restaurierung beibehalten werden. Eine kostenintensive Versetzung (> 100.000 EURO) an den tiefgreifend veränderten ursprünglichen Standort wird abgelehnt.

Nach einer zügigen Fertigstellung des Stadtrings (Bahnparallele) sind die Bundesstraßen B8/B26 und die Durchgangsstraße auf der Schillerstraße in Damm zur Entlastung der Innenstadt auf diesen zu verlegen.

Der Durchgangsverkehr ist durch entsprechende Beschilderung und Ampelsteuerung aus der Innenstadt (Weißenburger Straße, Friedrichstraße) auf den Ring zu leiten. Es ist zudem darauf hinzuwirken, dass Navigationssysteme entsprechend programmiert werden.

Wir fordern folgendes Verkehrskonzept für Friedrichstraße / Weißenburger Straße: Die vollständige Fertigstellung der Ringstraßen ermöglicht mittelfristig eine Steigerung der Lebensqualität durch Reduktion des Durchgangsverkehrs im innerstädtischen Bereich. Ein entsprechendes Konzept ist frühzeitig zu planen. Den berechtigten Interessen von Anwohnern, aber auch Gewerbebetrieben, Praxen, Kanzleien usw. ist Rechnung zu tragen. Andererseits eröffnen sich Chancen, den Bereich des offenen Schöntals einseitig (Weißenburger Straße oder Friedrichstraße) als verkehrsberuhigten „Boulevard“ umzugestalten und zwei Fahrspuren der anderen Seite für Verkehr in beiden Richtungen zu verwenden.

Die Stadt wird aufgefordert, ein zukunftsweisendes Konzept der Verkehrsberuhigung im Bereich des offenen Schöntals zu erstellen. Als erster Schritt sind dazu der Bedarf der Anlieger sowie das Verkehrsaufkommen zu ermitteln.

Eventuell frei werdende Flächen können durch interessante Architektur das Stadtbild aufwerten. Moderne Konzepte sind willkommen. Es ist zu begrüßen, wenn dabei alte Baulinien mit aufgenommen werden, wie z.B. das Herstattor.

Die FDP fordert ein Tagesticket nicht nur für Pendler in allen Parkhäusern einzuführen außerdem soll der P+R Bereich ausgebaut werden damit noch mehr Pendlerparkplätze zu Verfügung gestellt werden.

Ein neues Park & Ride Konzept muss für die Stadt ausgearbeitet werden. Die Pendler sollen mit Hilfe des ÖPNV an ihre Arbeitsstelle gebracht werden.

## **2) Wohnflächen und Gewerbeflächen**

Im Flächennutzungsplan sind Wohnflächen, wie etwa das Gebiet in Nilkheim, vorgesehen. Laut den aktuellen Prognosen decken diese die Nachfragen nach Wohnflächen. Daher sehen wir keinen Grund für die Ausweisung weiterer Flächen.

Im Zuge des Baugebiets in Nilkheim (Anwanderweg) könnten ggf. Klagen gegen die Lärmbelästigung durch anliegende Sportstätten aufkommen. Etwa. 1/3 der Bauplätze befinden sich in städtischem Besitz.

In die Kaufverträge für Baugrundstücke im Neubaugebiet Anwanderweg (Nilkheim) ist eine Duldung der Sportstätten und der damit ggf. verbundenen Lärmbelästigung aufzunehmen.

Um Aschaffenburg für junge Familien attraktiver zu machen, spricht sich die FDP Aschaffenburg dafür aus, Grundstücke aus dem Besitz der Stadt bevorzugt Personen mit Kindern und zu deutlich günstigeren Konditionen zur Verfügung zu stellen als bisher.

Die Stadt Aschaffenburg besitzt keine größeren Flächen für weitere Ansiedlung von Gewerbebetrieben. Eine Gesamtlösung für unsere Region muss in Kooperation mit den Gemeinden am bayrischen Untermain gefunden werden.

## **3) Größere Attraktivität für Veranstaltungen in Aschaffenburg**

An max. 18 Tagen dürfen festgesetzte Maximalwerte für den Lärmpegel überschritten werden. Durch Volksfest und Stadtfest ist diese Zeitraum bereits weitgehend ausgeschöpft. Für eine Ausweitung auf andere Veranstaltungen bleibt deshalb praktisch kein Spielraum. Die Überschreitung der festgesetzten Maximalwerte für den Lärmpegel soll zukünftig an 21 Tagen erlaubt sein. Damit könnten weitere Veranstaltungen genehmigt werden.

#### **4) Lärm durch Bahnverkehr**

Die grundsätzliche Problematik liegt allein im Einflussbereich der Deutschen Bahn AG. Selbst die in Aussicht gestellte Umrüstung der Bremsen / Räder der Güterwaggons' wird das Problem nicht lösen, davon sind nur Waggons der DB, nicht aber jene von außerhalb der EU betroffen. Die zunehmende Lärmbelastung beruht zudem auf einer Zunahme des Güterverkehrs auf diesem Streckenabschnitt. Besonders betroffen ist die Österreicher Kolonie.

Der Stadtrat wird aufgefordert, nur dann einer Nutzung des Areals zwischen den Gleisen (derzeitige Wagenhalle) als Gewerbegebiet zuzustimmen, wenn sich die Bahn AG verpflichtet, den Güterverkehr auf Schienen im Norden des Areals zu führen. Die Bebauung muss zudem als Schallschutzriegel gegenüber der Österreicher Kolonie ausgeführt werden.

#### **5) Parksituation Unterfrankenhalle (f.a.n. Frankenstolz Arena)**

Bei größeren Veranstaltungen kommt es immer wieder zu verkehrswidrigen und damit auch verkehrsgefährdenden Situationen durch wildes Parken im Kreuzungsbereich sowie in anliegenden Straßen des Stadtteils Leider. Nach eigenen Aussagen hat die Polizei diese Situation nicht im Griff, der Status quo wird toleriert.

Die Parksituation im Umfeld bei Großveranstaltungen in der f.a.n. Frankenstolz Arena ist nicht hinnehmbar. Sowohl aus Gründen der rechtlichen Gleichbehandlung von Verkehrsverstößen wie auch aus grundsätzlichen Sicherheitsüberlegungen ist eine Lösung unabdingbar.

#### **6) Anwohnerparkplätze**

Die inflationäre Ausweitung von Anwohnerparkplätzen ist kein Selbstzweck. Sie macht nur dort Sinn, wo ein objektiver Mangel an Parkplätzen für Anlieger nachzuweisen ist, z.B. im Bereich der Innenstadt. Damit verbunden sind Kosten und Verwaltungsaufwand sowie Unannehmlichkeiten für betroffene Anwohner, sich die entsprechende, kostenpflichtige Lizenz zu besorgen, dies gilt auch für deren Gäste bzw. Besucher.

Anwohnerparkplätze sind nur dort auszuweisen, wo es sinnvoll ist. Entsprechende Regelungen (z.B. in Damm) sind zu überprüfen.

#### **7) Darmstädter\_& Großostheimer Straße**

Wir fordern eine Verbesserung des Verkehrsflusses in der Darmstädter- und Großostheimer Straße sowie Planung geeigneter Lärmschutzmaßnahmen. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für die Beruhigung der Großostheimer Straße und die Reduzierung des Durchgangsverkehrs im Nilkheimer Ortsgebietes vorzulegen.

#### **8) Fahrradwegenetz**

Aschaffenburg soll fahrradfreundlicher werden. Dazu ist in erster Linie ein Angebot mit einem durchgängigen Netz von Fahrradwegen zu schaffen, die weder im „Nichts“ enden, noch zu verkehrswidrigem und gefährlichem Verhalten verleiten. Den Interessen der jeweils schwächeren Verkehrsteilnehmer- in diesem Fall der Fußgänger - ist dabei Sorge zu tragen.

## 9) Integration

Die FDP Aschaffenburg hält eine engere Kooperation der Stadt Aschaffenburg mit IHK, HWK und Agentur für Arbeit für notwendig. Ziel dieser Kooperation soll der interkulturelle Austausch zwischen Unternehmen und Arbeitskräften mit ausländischen Wurzeln sein. Hierbei soll ein kultureller Wissenstransfer stattfinden, von dem beide Seiten profitieren. Im Zentrum dieser Maßnahme stehen unserer Ansicht nach Auszubildende. Unternehmen sollen hierfür zur Ausbildung junger Menschen anderer kultureller Hintergründe motiviert werden.

Wir fordern von der Stadt die Schaffung einer zweckgebundenen frühkindlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund aus sozial benachteiligten Familien.

## 10) Junge Familien

Aschaffenburg hängt bei dem Ausbau von Kinderkrippen nach. Die beabsichtigte Quote wird aktuell nicht erfüllt. Daher sprechen wir uns für eine Erstellung einer Bedarfsplanung und darauffolgend, wenn nötig, einen zügigen Ausbau des Angebots aus. Um dies zu erreichen ist uns jeder Träger willkommen, der die Richtlinien erfüllt. Dies bezieht sich für uns Liberale nicht nur auf Krippen; das gleiche gilt für Kindergärten und Nachmittagsbetreuung an Schulen. Zusätzlich müssen flexible Öffnungszeiten für diese Kindertagesstätten angeboten werden, damit Familie und Beruf in Aschaffenburg vereinbar sind.

Wir fordern, dass die Stadt endlich Ihrer Verantwortung zur Bedarfsplanung von Kinderbetreuung und Ganztagesangeboten nachkommt.

## 11) Jugend

Die FDP fordert einen Jugendrat für Aschaffenburg. Der Jugendrat soll die Interessen der jungen Menschen in der Stadt vertreten. Der Rat wird von allen Aschaffener Jugendlichen (14 – 18 Jahre) direkt gewählt. Das Gremium vertritt die Jugendlichen in allen Stadtratsausschüssen, welche Jugendthemen behandeln (sogenanntes Anhörungsrecht). Die Stadtverwaltung soll den Jugendrat in seiner Arbeit unterstützen.

Neben dem JuKuZ begrüßen wir auch Jugendtreffs in den Stadtteilen. Initiator müssen hier jedoch die Jugendlichen vor Ort sein. Denn nur so ist zu erwarten, dass auch eine Nachfrage besteht und Programme stattfinden, welche den Jugendlichen zusagen. Die Umsetzung muss von der Stadt jedoch unterstützt werden.

Ein wichtiger Beitrag für solche und ähnliche Projekte ist der Stadtjugendring und das Jugendkulturzentrum. Daher begrüßen wir, dass die Stadt Aschaffenburg hier dem Jugendring genügend Mittel zur Verfügung stellt. Für uns Liberale ist der Umgang mit den für sie zur Verfügung gestellten Mittel ein Beweis, wie positiv Selbstverwaltung geschehen kann.

## 12) Senioren

Wir fordern für Pflegeplätze einen Zukunftsplan zu entwickeln.

Wir fordern die kommunale Unterstützung privater Investoren bei der Schaffung von Pflegeplätzen, durch die Ausweisung geeigneter Flächen.

Wir sehen die Förderung von Tagespflegeplätzen und betreutem Wohnen wegen des demographischen Wandels als wichtig an. Hierfür müssen insbesondere private Träger ins Boot geholt werden. Dies kann dadurch gefördert werden, dass bei Neuausweisung von Wohnflächen die Eignung für Senioren berücksichtigt wird. Aber auch die Neugestaltung der aktuellen Wohngebiete ist hierbei wichtig. Beispielsweise müssen Bürgersteige abgesenkt und beplasterte Wege für die Eignung für Rollstühle und Rollatoren überprüft werden. Das von der FDP Stadtratsfraktion angestoßene Pilotprojekt in Leider begrüßen wir aus diesem Grund. Wie in diesem Projekt angeführt, ist eine barrierefreie Verbindung der zentralen Punkte unumgänglich.

Wir fordern eine kostenlose Erstberatung bei Neubauten bezüglich barrierefreien Bauens.

### **13) Begegnungsstädten**

Begegnungsstätten sind ein Ort, wo ein Austausch in verschiedensten Bereichen der Bürger stattfinden kann. Daher sollen sie bei Neubaugebieten und Neugestaltung von Stadtteilen berücksichtigt werden. Auch hier gilt für uns der Grundsatz, dass jeder Träger willkommen ist, solange er die Richtlinien erfüllt.

### **14) Finanzen**

Die FDP fordert eine Schuldenbremse für Aschaffenburg. In wirtschaftlich guten Jahren darf sich die Stadt nicht weiter verschulden. Sollte in wirtschaftlich schlechten Jahren eine Verschuldung unumgänglich sein, so muss diese mit einem Tilgungsplan beschlossen werden.

Wir sprechen uns gegen eine Anhebung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer aus. Vielmehr sollten die Hebesätze, um die gute wirtschaftliche Entwicklung zu stützen, gesenkt werden.

Wir fordern die Einführung von Steuerungs- und Kontrollverfahren. Dies wird unterstützt durch die Einführung der Doppik als Ersatz der herkömmlichen Kameralistik. Damit wird sichergestellt, dass die Aufstellung des Haushalt transparenter wird und vor allem das Stadtrat und Öffentlichkeit am Ende eines Haushaltsjahres informiert werden, was aus dem geplanten Haushalt tatsächlich umgesetzt wurde. Auch wird so deutlicher welche geplanten Aktivitäten nicht und warum nicht umgesetzt wurden. Diese Erfahrungen können dann einfacher in die kommenden Haushalte einfließen.

Von den die Planung überschreitenden Einnahmen werden künftig mindestens 50% in die Rücklagen gestellt und können so rückläufige Einnahmen in Folgejahren ausgleichen oder werden zur Schuldentilgung verwendet.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert alle Quersubventionierungen zu erfassen und regelmäßig zu berichten. Diese Subventionierungen werden regelmäßig auf ihren Nutzen und Notwendigkeit für die jeweilige „Zielgruppe“ überprüft und gegebenenfalls zurückgeführt.

Wir fordern, den Verwaltungshaushalt konstruktiv nach signifikanten Einsparungsmöglichkeiten zu durchsuchen und alle Kosten auf den Prüfstand zu stellen, um zusätzliche Mittel zu gewinnen für Investitionen in Infrastruktur und Bildung und um den

bestehenden Investitionsstau abzubauen, ohne den Bürger mit immer höheren Steuern und Abgaben zu belasten.

Wir fordern eine mittelfristige Personal- und Personalkostenplanung im städtischen Bereich für die kommende Legislatur mit Leistungskennzahlen. Es wird eine Zeitreihe erstellt die aus Vergleichsgründen im Jahr 2007 (vor der Krise) beginnt und bis 2020 reicht. Die Personalplanung wird ergänzt um eine Personalentwicklungsplanung.

Bei der Frage ob ein Mitarbeiter als Beamter oder Angestellter eingestellt wird, wird soweit möglich das Vollkostenprinzip zu Grunde gelegt (d.h. z.B. bei Beamten werden die erforderlichen Kosten für Pensionen und Heilfürsorge mit eingerechnet).

Transparenz in die Unterlagen: 1.200 Seiten Haushaltsplan kann keiner ernsthaft durchforsten. Es ist wichtig für den Mitarbeiter vor Ort zu wissen, wie viel Geld er wofür ausgeben darf. Dafür macht diese Form der Darstellung Sinn. Aber die Anforderungen einer Führungskraft (=Stadtrat usw.) an ein Budget ist anders: In Unternehmen ist es üblich, dass Unterlagen vorgelegt werden, aus denen man strukturiert die wichtigen Informationen herausliest, ergänzt um einen obligatorischen Soll/Ist-Vergleich der wesentlichen Ausgabenblöcke am Ende eines Haushaltsjahres mit Erläuterungen und entsprechenden Folgerungen für die Zukunft!

Die Stadt erstellt einen gewichteten Plan über ausstehende Investitionen (z.B. Bahnparallele), anhand dessen man das Investitionsvolumen und die Mehrkosten durch zeitliche Verzögerung ablesen kann! Außerdem: Erstellung eines Langfristplan, was kommt auf Aschaffenburg zu wie Pensionslasten, Kanalisation; Investitionsrückstände usw. Ziel: für solche Positionen werden in kommenden Haushalten Rückstellungen gebildet (auch in Form von Ansparungen). Wenn wir wirklich ernst machen wollen, dass künftige Generationen nicht unsere heutigen, bereits bekannten Versäumnisse finanzieren, dann benötigen die Entscheidungsträger diese Transparenz.

Sanierungsaufgaben der Stadt z.B. im Straßenbau sollen nicht in Form höherer Anliegerkosten zu Lasten der Immobilieneigentümer gehen. Im Zweifel führt das höchstens zu weiteren Mietsteigerungen, da diese Kosten auf die Mieter umgelegt werden.

## 15) Wirtschaft

Die ZENTEC sehen wir als wichtige Wirtschaftsförderung der Region an. Eine weitere Unterstützung und Förderung der ansässigen Unternehmen sehen wir daher als unabdingbar an.

Aschaffenburg ist zwar Teil des bayerischen Untermains, darf sich geographisch, wirtschaftlich und kulturell jedoch dem Rhein-Main-Gebiet zuordnen. Ein Standpunkt, zu dem sich die FDP voll und ganz bekennt durch:

- die Beteiligung am Konzept des Regionalmarketings mit Positionierung des bayerischen Untermains.
- die Einführung zusätzlicher Nahverkehrszüge mit ausgewählten Haltepunkten innerhalb des Rhein-Main-Gebiets (vor allem während des Berufsverkehrs) oder die Einbeziehung in das S-Bahnnetz des Verkehrsverbundes Rhein Main
- den Erhalt der direkten ICE-Anbindung Aschaffenburgs
- eine engere Zusammenarbeit mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain.

Um Aschaffenburg auch wirtschaftlich fit für die Zukunft zu halten, setzt sich die FDP ein für:

- die weitere Mitgliedschaft in der ZENTEC.
- mehr Gewerbeflächen nahe der B469 (bevorzugt für produzierendes Gewerbe, Konflikte mit Anwohnerhaushalten sind zu vermeiden).
- Bessere Nahversorgung im Stadtgebiet und Stadtteilzentren insbesondere im Bereich Lebensmittel. Der von der Stadt eingeschlagene Weg, verstärkt Nahversorgung stadtnah und damit bürgernah anzusiedeln, wird fortgesetzt.
- Es wird zügig ein umfassendes Konzept zur Energiewende und zur Reduzierung des Energieverbrauchs öffentlicher Gebäude und Einrichtungen vorangetrieben.

## 16) Energiewende vor Ort

In der Energiepolitik der Stadt sollten immer die drei Erfolgsfaktoren für eine langfristige unabhängige regionale Energie im Fokus stehen: Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit, Umstieg auf erneuerbarer Energie. Entscheidend für Energiewende wird die Energieeinsparung sein.

Die Versorgungssicherheit ist in erster Hinsicht Aufgabe übergeordneter Ebene. Die Aschaffener Versorgungs GmbH muss aber ihren Beitrag leisten. Im Zuge der Energiewende nimmt die dezentrale Erzeugung von Strom (z.B. Photovoltaikanlagen) zu. Die Energienetze sind aber ursprünglich als reine Verteilernetze angelegt worden. Laut einer Studie des Verbandes kommunaler Unternehmen beträgt der Investitionsbedarf 25 Mrd. Euro bis 2030. Wir fordern deshalb, dass die AVG den entsprechenden Investitionsbedarf feststellt und einen Umsetzungsplan erarbeitet. Oberste Priorität muss die Netzsicherheit haben.

Die FDP Aschaffenburg spricht sich für den Aufbau intelligenter Netze aus. Nur so kann die Integration der stark anwachsenden erneuerbaren Energien erfolgreich gemeistert werden. Durch die Integration sämtlicher Teilnehmer wie Erzeuger, Speichereinrichtungen, Netzmanagement und Verbraucher in ein Gesamtsystem kann die Erzeugung und Speicherung von Strom zukunftsgerichtet gesteuert werden. Wir fordern, dass die Stadtwerke und die Stadt Aschaffenburg hierzu einen Bedarfsplan ausarbeiten.

Auch beim Umstieg auf erneuerbare erneuerbarer Energie muss Aschaffenburg eine aktive Rolle behalten. Besonders effizient ist die Erzeugung von regenerativer Energie, wenn die Erzeugungsanlagen wie zum Beispiel Windräder konzentriert werden. Dazu sind im regionalen Planungsverband entsprechende Vorratsflächen z.B. Windräder, Leitungstrassen oder Speicheranlagen auszuweisen. Es ist entscheidend, dass der regionale Planungsverband seiner Verantwortung nachkommt und schnellstmöglich entsprechende raumordnungspolitische Beschlüsse fasst. Ziel muss es sein, einen möglichst hohen Anteil an Strom in der Region zu erzeugen. Natürlich nur dort, wo es ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist.

Bei der Ausweisung neuer Baugebiete und Erteilung von Baugenehmigungen wird die Stadt auf optimale Ausrichtung von Gebäuden, um bspw. Photovoltaik nutzen zu können achten.

Damit Energie bezahlbar bleibt, muss die AVG ein gesundes Unternehmen bleiben. Dazu gehört ein Risikomanagement gehören. Genauso müssen wir allen Vorhaben darauf achten, dass wir die Stadt und Stadtwerke finanziell nicht überfordern. Die Aschaffener Versorgungs GmbH (AVG) und die

Stadtwerke haben mit ihrem jeweiligen letzten Jahresabschluss Rücklagen für die Energiewende gebildet (1,5 Mio. € + 1,9 Mio. € = 3,4 Mio. €). Dies begrüßen wir.

**Die Stadt muss bei der Energiewende als gutes Beispiel voran gehen:**

## 17) Energetische Sanierung von städtischen Gebäuden

Für den Bau von größeren Bauwerken im Passivhausstandard gibt es kaum Erfahrungswerte. Gebäude im Passivhausstandard kosten ca. 10% mehr als Gebäude, die auf Grundlage der aktuellen Verordnung gebaut werden. Beim Neubau eines Quartierzentrums mit Familienstützpunkt bspw. machen die Kosten für den Passivhaus-Standard 120.000 € von den Gesamtkosten in Höhe von 1,6 Mio. € aus. Die Stadt Aschaffenburg hat mit dem Anbau an der Realschule (Mensa) und der Kinderkrippe „Kochstraße“ zwei Gebäude im Passivhausstandard geschaffen. Wir beantragen, dass über die Erfahrungen insbesondere der Nutzer mit den Gebäuden berichtet und ein Vergleich zu herkömmlichen Gebäuden gezogen wird.

Desweiteren besteht in Aschaffenburg ein Sanierungsstau bei öffentlichen Gebäuden (zum Beispiel Rathaus und Schulen). Die FDP Aschaffenburg spricht sich deshalb dafür aus, Gebäude dann nicht im Passivhausstandard zu bauen, wenn der Differenzbetrag effizienter in die energetische Sanierung bestehenden Gebäuden investiert werden kann. Auch sehen wir bei öffentlichen Gebäuden die Möglichkeit, die Dächer so zu sanieren, dass sie als Flächen für Photovoltaikanlagen genutzt werden können.

Die FDP Aschaffenburg spricht sich für ein zentrales städtisches Gebäudemanagement der über 200 Liegenschaften mit dem vorrangigen Ziel der Energieeinsparung aus. Geschultes Personal kann in Zusammenarbeit mit den örtlichen Hausmeistern neue Möglichkeiten konzipieren. Zu prüfen wäre u.a., an welchen Stellen die Lichtsteuerung über Bewegungsmelder erfolgen kann (Gänge in Schulgebäuden).

LED- Lampen haben einen deutlich längeren Lebenszyklus als herkömmliche Lampen, außerdem verbrauchen sie bis zu 90% weniger Strom. In einer Stadt wie Aschaffenburg macht die Straßenbeleuchtung 38% (Stand 2010) des städtischen Stromverbrauchs aus. Durch die Entscheidung der EU müssen bis 2015 sämtliche Quecksilberlampen ausgetauscht werden. Daher hat die FDP Aschaffenburg beantragt, dass im Zuge dieser Auswechslung die Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen umgestellt wird.

## 18) Daseinsvorsorge

Die FDP setzt sich für die Daseinsvorsorge in kommunaler Hand ein. Die Wasserversorgung muss auch in Zukunft bezahlbar bleiben und die jetzige Qualität vorweisen.

Die Eigenversorgungsquote bei der Stromerzeugung der AVG muss unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten gesteigert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben und unabhängiger von Importen zu werden.

### a) Kanalisation

Unter unseren Füßen hat sich ein enormer Sanierungsstau aufgebaut. Die Entsorgung von Abwasser ist ein zentraler Bereich der Daseinsvorsorge. Der eingeschlagen Weg der Bestandsaufnahmen und Sanierung ist fortzusetzen.

## **b) Müllentsorgung**

Müll ist heute Wertstoff. Er wird entweder als Rohstoff oder energetisch im Müllheizkraftwerk wiederverwertet. Es gibt neue Regeln für die Entsorgungswirtschaft. Entsorgung muss heute qualitativ hochwertig sein, damit sie in der Hand der Stadt Aschaffenburg bleiben kann. Entsprechend müssen alle Anstrengungen unternommen werden. Die Einführung von Containern für Klein elektrogeräte ist ein erster guter Schritt. Die Anzahl der Tonnen ist im Hinblick auf moderne Müllsortier- und -trennungsanlagen zu überprüfen.

Wir fordern darüber hinaus auch eine erneute Aufklärungskampagne. Nur wenn die Trennung des Abfalls auch weiterhin qualitativ hochwertig ist, können die Umwelt geschont und die Müllgebühren niedrig gehalten werden.

## **c) Stadtbau Aschaffenburg GmbH**

Die FDP erkennt den Bedarf an sozialem Wohnraum in Aschaffenburg an. Der Schwerpunkt der Stadtbau Aschaffenburg soll auf sicherem und bezahlbarem Wohnraum liegen und sie soll keine Projektentwicklung vorantreiben. Vielmehr sieht die FDP die Aufgabe der Stadtbau darin sozialen Wohnungsbau zu schaffen und diesen energieeffizient zu sanieren.

Darüber hinaus muss auch mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende geschaffen werden.

## **d) Krankenhaus**

Die eventuelle Fusion des städtischen Klinikums mit dem Kreiskrankenhaus in Wasserlos muss Vorteile für die Bürger der Stadt Aschaffenburg haben. Ansonsten lehnen wir eine solche Fusion ab.

## **e) ÖPNV**

Der ÖPNV ist ein wichtiger Bestandteil der Stadt Aschaffenburg. uns für eine sogenannte AST-App aus. Desweiteren fordern wir eine Fernbushaltestelle am ROB.

Die Attraktivität des ÖPNV muss verbessert werden. Ein noch besseres Zusammenspiel der einzelnen Verkehrs Verbunde (RMV, VAB, Main-Spessart Bahn, Westfrankenbahn) ist erforderlich.

Wir fordern eine durchgängige Busspur in der Friedrichstraße und Weißenburger Straße, nach Fertigstellung der Bahnparallele.

Die vorhandenen Busspuren müssen ausgebaut und das Projekt Busbeschleunigung voran getrieben werden (Bus hat Vorfahrt!)

Es soll geprüft werden wie eine Zusatzhaltestelle Darmstädter Straße für die Sportanlagen (DJK /TUS Leider) zu bauen ist.

Es sind alternative ÖPNV-Konzepte für die Randzeiten (später Abend) z.B. durch die Einbindung von Großraumtaxen als AST zu entwickeln.

Wir fordern auf der Zugstrecke nach Obernau Bedarfshaltestellen am Bischberg sowie Nilkheimer Brücke um eine vernünftige Verkehrsanbindung für die Gewerbetriebe und deren Angestellte zu gewährleisten.

Die FDP fordert eine genaue Überprüfung auf Kosten Nutzen für die Pläne Reaktivierung der „Bachgaubahn“.

Desweiteren soll die Westanbindung der Hafенbahn über Stockstadt mit Neubau einer neuen Bahntrasse entlang der Bundesstraße 469 gebaut werden sowie eine generelle Elektrifizierung der Hafенbahn mit Immissionsschutz für die Anwohner in Nilkheim und Leider.

## **19) Bürgerbüro**

Aufgrund des demographischen Wandels gibt es in Aschaffenburg mehr ältere Mitbürger. Dies muss auch bei der Ausgestaltung des Bürgerbüros berücksichtigt werden. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass ein ambulanter Service eingerichtet wird. Darunter verstehen wir, dass in jedem Stadtteil an zwei Nachmittagen im Monat ein Bürgerbüro vor Ort eingerichtet wird. Weiter soll es die Möglichkeit geben im Rahmen der Öffnungszeiten des Bürgerbüros feste Termine zu vereinbaren.

## **20) Transparenz**

Wir setzen uns für mehr Transparenz in der Arbeit von Stadtverwaltung und Stadtrat ein. Hierzu soll eine Informationsfreiheitsatzung erlassen, sowie die Stadtratssitzungen zukünftig ins Internetübertragen werden. Auch soll die Nutzung der sozialen Medien durch die Stadt intensiviert werden.